

Die „Verwaltung Aufklärung“ ist der geheimste der DDR-Geheimdienste. Der westdeutsche Bundesnachrichtendienst, die Verfassungsschutzämter und der Militärische Abschirmdienst wissen darüber nicht viel mehr, als daß rund 800 DDR-Offiziere, neuerdings verstärkt durch etwa 1000 Schnüffler aus der bisherigen Staatssicherheit (Stasi), ungebrochen im militärischen Raum spionieren. Scheicher über den gegnerischen Dienst: „Das ist was Feines.“

Als Gysi Fahnder Nachforschungen im DDR-Verteidigungsministerium anstellen wollten, erfuhr die SED-PDS-Führung, daß ihre Macht neuerdings Grenzen hat. Verteidigungsminister Theodor Hoffmann (SED-PDS) verweigerte schlangweg den Zugang zu den Unterlagen seines Hauses, Begründung: Es herrsche nun strikte Trennung von Staat und Partei.

Hoffmann sagte Gysi aber zu, er werde den Fall in seinem Hause prüfen lassen. Gysi geht davon aus, „daß selbst bei strenger Geheimhaltung“ im Verteidigungsministerium „auch Schriftliches“ zur MO existieren müsse.

Selbst das DKP-Wochenblatt *UZ* berichtete vorletzte Woche erstmals über „Hinweise aus den Reihen der DKP“, daß „einzelne Mitglieder der Partei – bevorzugt solche mit militärischer Erfahrung aus der Bundeswehr – von Geheimdiensten der DDR angesprochen“ worden sein sollen, um konspirative Einsätze in der Bundesrepublik zu absolvieren. „Gerüchten zufolge“ habe es auch eine „Kampfgruppenformation der SED“ gegeben.

DKP-Mitglieder, so die *UZ* weiter, hätten „angeblich schon vor längerer Zeit damit geprahlt, zu wissen, wie man eine Kalaschnikow bedient“. Auch „Verpflichtungserklärungen des Staatssicherheitsdienstes“ für „die angeworbenen Kommunisten“ aus Westdeutschland habe es wohl gegeben. Die *UZ*: Dies sei „eine bei Geheimdiensten in aller Welt gängige Praxis“.

In der *UZ*-Ausgabe vom vergangenen Freitag ging das DKP-Präsidium auf Distanz – zum eigenen Zentralorgan. Mit „dieser Art der Wiedergabe von Gerüchten“, kritisierten die DKP-Führer, spiele man nur „den Drahtziehern der Kriminalisierungskampagne gegen die DKP“ in die Hände. „Eine geheime Militär-Organisation der DKP“ habe es nicht gegeben, stets seien Parteimitglieder angewiesen worden, „Anwerbungsversuche in- und ausländischer Geheimdienste zurückzuweisen“. Ein Verstoß gegen diese Regel hätte „den sofortigen Ausschluß wegen parteischädigenden und kriminellen Verhaltens zur Folge gehabt“.

Exakt so lautete, wie mehrere ehemalige MO-Partisanen übereinstimmend berichten, die Sprachregelung für den Fall, daß die Geheimorganisation auffliegen

würde: Die Partei dementiert jegliches Mitwissen, die enttarnten militärischen Kader werden als Kriminelle hingestellt.

„Dabei ist in dieser Partei nichts passiert“, weiß Dieter Dörflinger, DKP-Berzirkchef von Rheinland-Pfalz, „was nicht die Billigung von Herbert Mies gehabt hat.“

Affären

Die großen Unbekannten

Gartenbau auf Staatskosten und Frankfurter Bordellgeschäfte bringen den hessischen Ministerpräsidenten Wallmann in Bedrängnis.

Walter Wallmann, 57, wollte alles wegräumen, was ihm in letzter Zeit vorgeworfen worden war. Der hessische Ministerpräsident holte weit aus.

„Ich bin nie in meinem Leben in einer Entziehungskur gewesen“, versicherte der Christdemokrat bei einer Pressekonferenz am Dienstag letzter Woche, „bin nie ein Alkoholiker gewesen.“

Ohne daß einer der Journalisten danach gefragt hatte, beteuerte der CDU-Landesvorsitzende auch, daß die Verwaltung seiner Vermögenswerte durch die Deutsche Bank „nach Art und Umfang sich nicht von der mit anderen Bankkunden üblicherweise vereinbarten Aufträgen unterscheidet“. Das hatte sich Wallmann von dem Geldinstitut schriftlich geben lassen.

Der Ministerpräsident, der sich offensichtlich in die Enge getrieben fühlte,

stellte auch klar, daß er während seiner Zeit als Frankfurter Oberbürgermeister, von 1977 bis 1986 an den Grundstücksgeschäften der Stadt mit Bordellbesitzern selber nicht beteiligt war: Diese Leute, sagte er, „kenne ich nicht“.

Wallmann gab zwar zu, was der SPIEGEL (3/1990) kurz zuvor aufgedeckt hatte: daß der CDU-Politiker den Garten seiner Privatvilla in Frankfurt jahrelang auf Staatskosten hatte pflegen lassen und für eine städtische Haushälterin jahrelang keinen Pfennig aus eigener Tasche zahlte. Die Frau betreute Wallmanns Heim auch während seiner Zeit als Minister in Bonn – aber nur deshalb, so versuchte der Landesvater sich zu rechtfertigen, weil damals „eine andere Verwendung für sie nicht da“ war.

In der Pressekonferenz bestand Wallmann (Jahresgehalt: 247 000 Mark) darauf, daß ihm dieser Service auf Kosten des Steuerzahlers zustehe. Gegen die Auffassung empörter *Bild*-Leser, die nach einer Telefon-Umfrage mit großer Mehrheit forderten, er solle die Kosten aus eigener Tasche erstatten, erklärte Wallmann: „Ich zahle nichts zurück.“

Zwei Tage später erklärte er dann doch, er werde dem Fiskus 140 000 Mark zurückerstatten, da andernfalls „das Staatsamt unter den fortgesetzten Diffamierungen leidet“.

Tatsächlich gibt es für die staatlichen Zuwendungen zum „Klein-Wandlitz“ des Ministerpräsidenten offensichtlich keine Rechtsgrundlage. Nach einem Erlaß sind Repräsentationsräume „nur in der Amtswohnung zulässig“, die der Ministerpräsident in seiner Wiesbadener Dienstvilla nutzt.

Wegen einer weiteren staatlichen Alimentierung geriet Wallmann letzte Woche in Bedrängnis: Amtsjuristen prüften, ob sich der Christdemokrat, zumin-

dest wegen der Haushaltshilfe während seiner Bonner Amtszeit, der Veruntreuung öffentlicher Mittel schuldig gemacht und womöglich Steuern für die unberechtigten Zuschüsse hinterzogen habe.

Wiesbadener CDU-Strategen dachten schon darüber nach, wer den in die Klemme geratenen Ministerpräsidenten, der in der Hessen-CDU ohnehin nicht sonderlich beliebt ist, notfalls ablösen sollte. Sie befürchten, Wallmann werde bis zu den Landtagswahlen im



Ehepaar Wallmann*: „Fortgesetzte Diffamierung“

* Mit Rauhaardackel Schlingel.

Frühjahr nächsten Jahres nicht durchstehen.

Denn neben der Affäre um Garten und Haushälterin belasten den Regierungschef zunehmend auch die Nachforschungen darüber, welche Rolle er bei den dubiosen Grundstücksgeschäften zwischen der Stadt und den Bossen im Bahnhofsviertel gespielt hat. Wallmann hatte 1982 verkündet, er werde „das Geflecht aus Prostitution, Kriminalität und Drogenhandel“ zerschlagen.

Einen erfolversprechenden Weg, neben einer neuen Sperrgebietsverordnung, sah der CDU-dominierte Magistrat darin, den Bordellbesitzern ihre Liegenschaften im Bahnhofsviertel abzu kaufen oder sie zu mieten und städtische Grundstücke in den neu ausgewiesenen Toleranzzonen anzubieten.

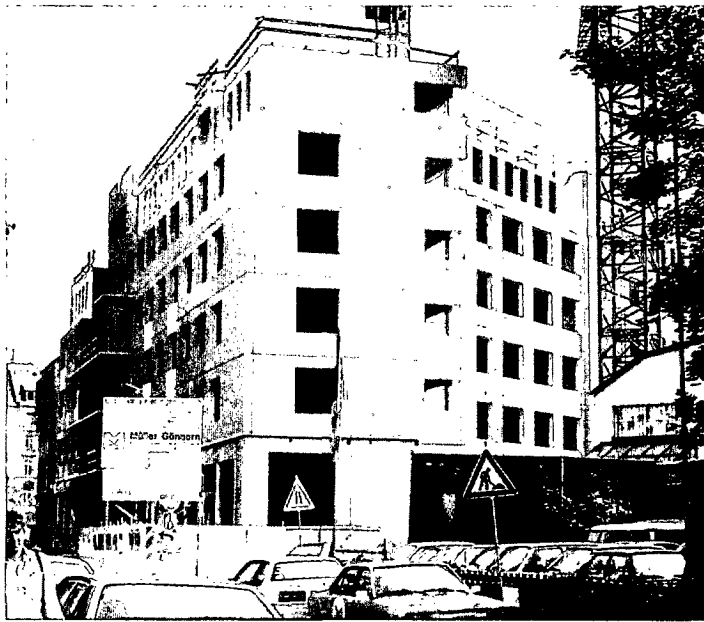
Der Handel wurde, wie die rot-grüne Stadtregierung herausfand, durch „abenteuerliche Vertragsgebilde“ abgewickelt (SPIEGEL 40/1989) – vielfach über Strohunternehmen. Für die Kommune trat der „Allgemeine Almosenkasten“ auf, eine wohlthätige städtische Stiftung, die früher einmal sittlich gefährdeten Mädchen vom Lande eine Bleibe verschaffte.

Die Abwicklung über den Almosenkasten, dem CDU-Stadtkämmerer Ernst Gerhardt vorstand, hatte den Vorteil, daß die Grundstücksgeschäfte am Parlament vorbei gemacht werden konnten. So blieb auch lange im verborgenen, wie die städtischen Händler das Ding mit einem neuen Großpuff in der Breite Gasse gedreht hatten: Sie lockten einige Bordell-Könige mit der Vertragsklausel ins neue Revier, Schadenersatz zu leisten, wenn es der Stadt nicht gelingen sollte, auch die auszugunwilligen Konkurrenten vom günstigeren Standort vor dem Bahnhof zu vertreiben.

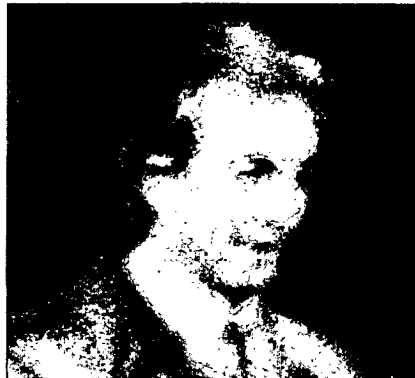
Das Geheimabkommen bürdet dem rot-grünen Magistrat, der die Puffs im Revier belassen will, eine Verpflichtung von rund 77 Millionen Mark auf.

Diese Summe steht in einem Zwischenbericht der Frankfurter Kriminalpolizei, die seit Monaten das Zusammenspiel der Halbwelt und der ehemals CDU-geführten Stadtverwaltung untersucht und dabei auf mafiose Verhältnisse gestoßen ist. Es sei klar, so die Erkenntnis des für organisiertes Verbrechen zuständigen K 53, daß in Frankfurt eine „Unterwanderung von Behörden“ stattgefunden habe.

Eine „Macht im Milieu“ sind laut Kripo die Brüder Chaim und Hersch Beker, die Besitztümer von schätzungsweise 200



Frankfurter Bordell-Neubau*: „Macht im Milieu“



Kaufmann Chaim Beker
Allgemeiner Almosenkasten

Millionen Mark „in der Hinterhand“ hätten. Gegen sie, weitere Personen aus dem Milieu und städtische Beamte ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Bildung einer „kriminellen Vereinigung“.

Die Beker-Brüder haben sich, so die Erkenntnisse, über Strohleute und mit Hilfe bereitwilliger Beamter aus dem Ordnungsamt unrechtmäßige Konzessionen für Spielkasinos besorgt, in denen die Tageskasse manchmal mit 600 000 Mark gefüllt war. Nach Ansicht der Fahnder handelte es sich auch um Geld aus Rauschgiftgeschäften.

Die Vorwürfe gegen die Beker-Brüder, eine führende Rolle im kriminellen Bahnhofsmilieu gespielt zu haben, bringen auch die verflissene CDU-Stadtregierung und Wallmann in eine mißliche Lage. Nachforschungen brachten zu Tage, daß im Zuge der von Wallmann eingefädelt Ausquartierung der Bordelle aus dem Bahnhofsviertel die Stadt gera-

* In der Breiten Gasse.

de mit den Beker-Brüdern dubiose Immobiliengeschäfte machte.

Durch den Verkauf der Bahnhofsliegenschaften an die Kommune strich das Brüderpaar, das laut Kripo mit „internstem vertraulichem Wissen“ über die Verlegung des Bordellreviers versorgt war, nach amtlichen Berechnungen satte Gewinne ein. Aus einer notariellen Abrechnung, die Fahnder in Hersch Bekers Villa fanden, ergebe sich, daß die Bekers allein durch den Verkauf dreier Gebäude in Elbe- und Moselstraße an den „Allgemeinen Almosenkasten“ mehr als 12,5 Millionen Mark gutgemacht hätten – gemeinsam mit Jossel Buchmann.

Der Frankfurter Immobilienhändler Buchmann

ist, vermutet die Kripo, das Bindeglied zwischen den Bekers und der Stadt. Über seine Beziehungen sei womöglich eine „angestrebte politische Einflußnahme“ auf Entscheidungsvorgänge erfolgt – von Buchmann wird beides bestritten.

Auch Wallmann wies am Dienstag letzte Woche den Vorwurf zurück, er müsse doch gewußt haben, mit wem sich die Stadt unter seiner Amtsführung und danach eingelassen habe. Herrn Buchmann, der auf dem Lerchesberg bei Wallmann um die Ecke wohnt, beteuerte der Ministerpräsident, „kenne ich nicht“. Und wenn die Bekers, versicherte der Regierungschef, „hier reinkommen würden, dann wüßte ich nicht, daß sie es sind“.

Die großen Unbekannten konnten die Bahnhofsgroßen für Wallmann kaum sein. Denn nach einem Bericht aus der israelischen Tageszeitung *Jediot Acharot* vom 6. Mai 1984 über „Die jüdischen Bosse von Frankfurt“ wird Hersch Beker als einer geschildert, gegen den früher zahlreiche „Beschwerden wegen schwerer körperlicher Mißhandlung“ eingereicht worden seien. Später sei er wie ein „seriöser Geschäftsmann“ aufgetreten. Das habe ihm bei „seinen Kontakten zur Polizei und zu den verschiedenen städtischen Abteilungen“ geholfen: Es sei Beker gelungen, „gute Beziehungen zu pflegen“.

Die Beschreibung, als Übersetzung von der Kripo bei Hersch Beker gefunden, hatte Polizeichef Karlheinz Gemmer am 22. Mai 1984 an den damaligen Oberbürgermeister Wallmann geschickt, der sie auch abgezeichnet hat. Letzte Woche sagte Wallmann dazu, Informationen des Polizeipräsidenten über Verdachtsmomente „nachzugehen, ist bekanntlich nicht die Aufgabe des Oberbürgermeisters“.